

Landesregierung plant Monsterlandkreis: Reaktionen aus dem Saale-Orla-Kreis

Viele Kommunalpolitiker im Saale-Orla-Kreis halten nichts von der Fusion mit den Kreisen Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Holzland

20. April 2017 / 03:05 Uhr

Sollten die Pläne der Landesregierung Realität werden, würde Saalfeld Kreissitz.

Schleiz. Nun also doch: Die rot-rot-grüne Landesregierung folgt dem Vorschlag der Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern und will bei der geplanten Gebietsreform die Landkreise Saale-Orla, Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Holzland zu einem großen Saale-Kreis verschmelzen. Saalfeld soll Kreissitz werden, teilte der Thüringer Innenminister Holger Poppenhäger (SPD) gestern mit.

Im Saale-Orla-Kreis und vor allem in der Kreisstadt Schleiz gab es unter den meisten Kommunalpolitikern wenig Begeisterung für diesen Vorstoß.

CDU-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter Stefan Gruhner kritisiert die rot-rot-grünen Pläne auf das Schärfste. "Der neue Monsterlandkreis wäre größer als das Saarland und Bremen zusammen, viermal so groß wie Hamburg und fast viermal so groß wie Berlin. Das ist einfach nur noch rot-rot-grüner Wahnsinn, der mit allen Mitteln gestoppt werden muss. Ich rufe alle Bürger auf, massiven Widerstand zu leisten", empörte sich der Schleizer. Der CDU-Politiker verwies außerdem auf die gravierenden strukturellen Auswirkungen für die bisherigen Kreisstädte Schleiz und Eisenberg. "Die Linksregierung nimmt ein Ausbluten eines gesamten Landstriches wissentlich in Kauf. Allein in Schleiz stehen rund 1000 Arbeitsplätze von Landratsamt und Kreissparkasse auf dem Spiel. Die Kaufkraft der Region wird massiv geschwächt werden. Das ist ein Frontalangriff auf den ländlichen Raum. Der Schleizer Bürgermeister Juergen K. Klimpke und sein Eisenberger Amtskollege sollten jetzt ihre Partei verlassen und ein deutliches Zeichen setzen. Ich fordere zudem den SPD-Kreisvorsitzenden Frank Roßner und den linken Landtagsabgeordneten Ralf Kalich auf, gegen diese Pläne Widerstand zu leisten. Sie sind jetzt für diese Region verantwortlich und nicht für ihre Parteilinie", so Gruhner.

"Ich bin in der SPD, weil ich gewisse Ideale habe", lehnte der maßlos enttäuschte Schleizer Bürgermeister Juergen K. Klimpke einen Parteiaustritt ab: "Als ich in der vergangenen Woche mit Innenminister Poppenhäger über die Gebietsreform sprach, ging es noch um seine Variante, in der der Saale-Orla-Kreis mit dem Saale-Holzland-Kreis fusionieren würde. Dieser Vorschlag war ausgewogen. Dass der Innenminister jetzt einen solchen Vorschlag auf den Tisch legt, der sogar erheblich von den Vorgaben des Vorschaltgesetzes abweicht, erschüttert mein Vertrauen." Klimpke will sich mit den Bürgermeistern anderer von Statusverlust bedrohten Kreisstädte in Verbindung setzen, um zu sondieren, was sie gemeinsam tun könnten. "Wenn eine Regierung glaubt, mit Großkreisen von der Größe des Saarlandes Thüringen zukunftssicher zu machen, dabei aber regionale Gegebenheiten und Entwicklungen außer acht lässt, dann irrt sie. Wenn eine Regierung glaubt, Landkreise zu schaffen, in denen Ungleichgewichte zwischen Zentren und ländlichem Raum programmiert sind, schafft sie neue Konfliktfelder. Der neue Landkreis wäre nach heutigen Maßstäben an der Fläche gemessen dann der siebtgrößte Landkreis der Republik. Das Beste wäre

aber, die Landkreise unangetastet zu lassen. Das würde Thüringen Stabilität bringen", so Klimpke.

Anders als Landrat Thomas Fügmann (CDU), der immer wieder betonte, dass der Saale-Orla-Kreis solide geführt und eine Kreisgebietsreform unnötig sei, haben es Gera und Weimar geschafft, den Verlust ihrer Kreisfreiheit abzuwenden. "Das ist reines politisches Kalkül der rot-rot-grünen Landesregierung. Der Oberbürgermeister von Weimar ist in der SPD, während viele Landräte CDU-Mitglied sind", sagte Fügmann auf die Frage, warum er anders als die Vertreter von Weimar und Gera bei der Landesregierung nicht überzeugen konnte. Er sprach sein absolutes Unverständnis über die geänderten Pläne der Landesregierung zur neuen Kreisstruktur aus und nannte das neue Gebilde einen Monstercreis. "Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises hat mich bereits im April 2016 mit großer Mehrheit beauftragt, alles dafür zu tun, um den Landkreis in seiner jetzigen Struktur und Größe mit der Kreisstadt Schleiz zu erhalten. Das bleibt mein oberstes Ziel. Für mich völlig unvorstellbar ist eine bürgernahe Verwaltung in einem unüberschaubaren Monstercreis mit 278 000 Einwohnern und einer Fläche von über 3000 Quadratkilometern", so Fügmann. Dank einer guten Partnerschaft zu den Nachbarkreisen könnten bestehende Strukturen wie der Personennahverkehr oder die Abfallbeseitigung in gleicher Form fortbestehen. "Dazu bedarf es keines Monstercreises. Ich hoffe noch immer darauf, dass der Bürgeraufruf des Vereins Selbstverwaltung für Thüringen mit seiner Unterschriftensammlung sowie die laufenden Gerichtsverfahren unsere Landesregierung zur Vernunft und einem Einlenken bringen werden. Bereits für den 28. Juni ist hierzu eine mündliche Verhandlung am Thüringer Verfassungsgerichtshof angesetzt, auf deren positiven Ausgang ich für den Saale-Orla-Kreis sehr hoffe", so Fügmann.

Der Blankensteiner Linke-Landtagsabgeordnete Ralf Kalich habe kein Verständnis für die Kommunalpolitiker, die "jetzt wie ein Kaninchen vor der Schlange sitzen und jammern". Die Linkefraktion wollte mit ihrem mehrheitlich abgelehnten Antrag im Saale-Orla-Kreistag den Landrat beauftragen, gemeinsam mit Arbeitsgruppen Gespräche mit Vertretern der Nachbarlandkreisen Saale-Holzland und Saalfeld-Rudolstadt zu führen. Bis Ende Februar hätten sie dann Vorschläge an die Landesregierung machen können, wer mit wem fusionieren will und wie die Aufgaben territorial verteilt werden könnten. "Doch der Kreistag hat sich mehrheitlich dafür entschieden, den Klageweg zu bestreiten", bedauerte Kalich. Der Vorschlag des Innenministers, den Kalich begrüßte, liege nun auf dem Tisch. "Jetzt gilt es, die Ärmel hoch zu krepeln und das meiste für die Region herauszuholen", sagte der Abgeordnete. Er wies darauf hin, dass es im Zusammenhang mit der Gebietsreform keine betriebsbedingten Kündigungen im Landratsamt in Schleiz geben wird, sondern einen sozialverträglichen Abbau der Stellen über einen längeren Zeitraum. "Ziel der Landesregierung ist es, den Publikumsverkehr in den Kreisverwaltungen abzubauen und in die Bürgerbüros der zentralen Orte zu verlagern. Wenn der Landrat künftig in Saalfeld sitzt, heißt es nicht, dass es in Schleiz und Eisenberg keine Fachdienste der Kreisverwaltungen mehr geben muss", so Kalich.

Der Bad Lobensteiner Bürgermeister Thomas Weigelt (parteilos) begrüßte den Vorstoß zu einem Großkreis. "Der Saale-Orla-Kreis hat von der Kfz-Zulassungsstelle bis zum Jobcenter viele Außenstellen in Bad Lobenstein geschlossen. Ich erwarte von der Gebietsreform mehr Bürgernähe, dass man sein Auto wieder in Bad Lobenstein zulassen kann und dafür nicht nach Saalfeld fahren muss."

Der Pößnecker Bürgermeister Michael Modde (FDP/Freie Wähler) sprach von einem "geschickten

Schachzug", Gera und Weimar den Status der Kreisfreiheit zu belassen. Damit hätten die Bürger der einwohnerstärksten Städte wie auch von Erfurt und Jena keinen Anlass, den Bürgeraufruf gegen die Gebietsreform zu unterschreiben. "Ich lehne die Gebietsreform ab. Wenn sie sich nicht vermeiden lässt, können wir Pößnecker mit einer Kreisstadt Saalfeld leben", so Modde, der Schleiz sein Mitgefühl aussprach.

"Obwohl sich Neustadt aufgeschlossen gegenüber der Gebietsreform zeigt, finde ich einen Großkreis von Bayern bis Sachsen-Anhalt sehr schlecht", sagte Vizebürgermeister Ralf Weiße (BfN). Er finde es schade, dass Schleiz nicht mehr Kreisstadt bleiben soll, gäbe aber die Hoffnung noch nicht ganz auf.

Unterschriftenlisten gegen Gebietsreform

Wer den Bürgeraufruf des Vereins Selbstverwaltung für Thüringen unterschreiben will, der einen Stopp der Gebietsreform fordert, findet Unterschriftenlisten an folgenden Orten:

im Bürgerbüro des Landratsamtes

in den Filialen der Kreissparkasse Saale-Orla

in vielen Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaften Oppurg, Triptis, Ranis-Ziegenrück und Seenplatte

in den Stadtverwaltungen Schleiz und Wurzbach

im Büro des Landtagsabgeordneten Stefan Gruhner in der Geraer Straße in Schleiz